

Tierschutz-Newsletter 1/09

Christian Meyer, MdL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Nds. Landtag

1. Weiterhin weniger Platz für Niedersachsens Hühner in Käfigqualbatterien

Auch dank des vielfältigen Protests und der vielen kritischen Berichte hat das Landwirtschaftsministerium die rechtswidrige Sonderregelung zugunsten der niedersächsischen Hühnerbarone inzwischen zurückgezogen. (Mit dem s.g. "Ehlen-Erlass" hatte die niedersächsische Landesregierung durch die Einrechnung der Nestfläche den Legehennen weniger Platz zugebilligt, als in allen anderen Bundesländern.)

Jetzt hat das Ministerium allerdings gleichzeitig Bestandsschutz für die bereits genehmigten Ställe angekündigt. Dabei handelt es sich nach meinen Informationen um mehrere Millionen Plätze.

In unserer Großen Anfrage Erneuter Stallbauboom und vermehrte Billigfleischproduktion in Niedersachsen zulasten der Bürgerinnen und Bürger sowie des Tier- und Umweltschutzes? (<http://www.christian-meyer-gruene.de/cms/default/dok/274/274359@de.html>) fragen wir bei der Landesregierung - neben vielen anderen Aspekten der Massentierhaltung - nach, wie weit die Umsetzung der geänderten Rechtslage für mehr Platz für die Legehennen in Niedersachsen ist, da bereits klar ist, dass viele Betriebe von Ausnahmegenehmigungen profitieren. Dies wurde in der Antwort auf die Anfrage der SPD: Es ist so weit: Minikäfige ab 1. Januar 2009 verboten - Was tut die Landesregierung? deutlich.

Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage ist für die Landtagssitzung vom 12. - 14. Mai angekündigt worden.

Unsere Position und Info zur Diskussion um den "Ehlen-Erlass" sind unter folgenden Links nachzulesen:

Im Rahmen von "Nordwestradio unterwegs" gab es am 26.02.09 unter dem Titel "Kein Nest in Sicht - Niedersachsens Sonderweg bei der Hühnerhaltung" eine einstündige Debatte. Die Käfigbatteriebetreiber "boten" an, sich zukünftig rechtskonform zu verhalten, wenn die Tierschützer und Grünen ihre Kritik an der Käfighaltung unterließen. Dreist!

Zum Anhören:

2. Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände

Die Debatte um die Legehennenhaltung hat wieder einmal bestätigt, wie nötig ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben daher im Februar einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, in dem wir dieses wichtige Rechtsinstrument einfordern:

Gesetzentwurf: Gesetz zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage in Niedersachsen (<http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/landtag/dok/110/110528@de.html>)

Positiv ist, dass jetzt auch die SPD für ein Verbandsklagerecht ist, was sie bisher abgelehnt hatte. Die Regierungsfractionen CDU/FDP sehen jedoch keinerlei Bedarf und setzen weiter auf möglicherweise rechtswidriges Handeln der Behörden.

Hier finden Sie die Debatte des Gesetzentwurfs im Landtag am 18. Februar 2009:

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage in Niedersachsen - Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/906 (<http://www.christian-meyer-gruene.de/cms/default/dok/274/274374@de.html>)

3. Misstände in der Putenmast

Der NDR hat am 19.02.2009 über den weit verbreiteten Antibiotika-Missbrauch und weitere Verstöße in der Putenmast berichtet. Wir haben bei der Landesregierung nachgehakt und uns wurde bestätigt, dass die "Putenvereinbarung über Mindeststandards in der Putenhaltung" weiter in Kraft ist und darüber hinaus kein Handlungsbedarf in dieser Frage gesehen wird. Die Vereinbarung wurde 1999 zwischen dem Nds. Landwirtschaftsministerium und der Niedersächsischen Geflügelwirtschaft (NGW) geschlossen und enthält keine Vorgaben zur Arzneimittelvergabe.

Den Fernsehbeitrag, zwei Radiobeiträge und einen Kommentar gibt es unter:

Wir haben jetzt eine Kleine Anfrage an die Landesregierung mit dem Titel Systematische Antibiotikafütterung bei Puten trotz Verbot seit 2006? gestellt.

4. Vogelgrippe und Stallpflicht

Nachdem sich immer mehr bestätigt hat, dass es der Handel und die Massentierhaltung und nicht die Wildvögel sind, die zum Auftreten des Virus H5N3 beitragen, haben wir nach den Vorfällen in geschlossenen Putenmastställen in Cloppenburg/Vechta die Aufhebung der Stallpflicht in Niedersachsen gefordert. Die Landesregierung hat daraufhin die Stallpflicht für Hühner, Enten, Gänse und Puten in der betroffenen Region Cloppenburg/Vechta reduziert.

Anfang Februar haben wir eine Schriftliche Anfrage Vogelpest in der Massentierhaltung im Raum Cloppenburg - Wie lange bleibt die Einsperrpflicht für Freilandgeflügel? eingebracht

Meine Pressemitteilung hierzu ist unter folgendem Link zu finden:

Weitere Informationen zum Thema sind unter den folgenden Links nachzulesen: